

Antrag

der Abgeordneten Vogel (Ennepetal), Frau Geiger, Dr. Stercken, Lummer, Carstensen (Nordstrand), Dr. Pohlmeier, Dr. Müller, Sauter (Epfendorf) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher, Feldmann, Hoppe, Irmer, Nolting, Ronneburger und der Fraktion der FDP

Entwicklung in Rumänien

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Entwicklung in Rumänien sorgfältig zu beobachten und ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen werden, die allen Parteien die gleichen Chancen bieten und die Bildung einer künftigen freigewählten Regierung und die Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie gewährleisten.

Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit auf ein koordiniertes und übereinstimmendes Zusammenwirken aller Mitgliedsländer der EG hinzuwirken.

Bonn, den 5. März 1990

Vogel (Ennepetal)	Pesch
Frau Geiger	Regenspurger
Dr. Stercken	Frau Rönsch (Wiesbaden)
Lummer	Rossmann
Carstensen (Nordstrand)	Ruf
Dr. Pohlmeier	Sauer (Salzgitter)
Dr. Müller	Schmitz (Baesweiler)
Sauter (Epfendorf)	Dr. Schroeder (Freiburg)
Frau Augustin	Schulze (Berlin)
Böhm (Melsungen)	Seesing
Börnsen (Bönstrup)	Spilker
Dr. Falthäuser	Susset
Ganz (St. Wendel)	Tillmann
Dr. Grünwald	Frau Verhülsdonk
Frau Dr. Hellwig	Werner (Ulm)
Hinsken	Wilz
Höffkes	Frau Dr. Wisniewski
Jäger	Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion
Jung (Limburg)	
Kroll-Schlüter	Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Kronenberg	Feldmann
Lintner	Hoppe
Magin	Irmer
Marschewski	Nolting
Müller (Wadern)	Ronneburger
Nelle	Mischnick und Fraktion
Niegel	

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Entwicklung in Rumänien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag anerkennt die bisherigen mannigfaltigen Demokratisierungsanstrengungen der rumänischen Front der Nationalen Rettung, so z.B. das Aussetzen von über 100 Gesetzen der Ceausescu-Zeit, die Gründung von Parteien, die Verabschiedung eines von allen Parteien gebilligten Wahlgesetzes, die Einführung der Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Gerichte sowie die Einleitung von Prozessen gegen die engsten Ceausescu-Vertrauten.

Der Deutsche Bundestag ist aber dennoch besorgt über die innere Entwicklung in Rumänien seit der Revolution im Dezember 1989. Über den Demokratisierungsprozeß liegen unterschiedliche und widersprüchliche Informationen vor. Besonders beunruhigend sind die Nachrichten über die Aktivitäten der nationalistischen Bewegung „Vatra Romanesca“ gegen die ethnischen und nationalen Minderheiten in Rumänien, über die Benachteiligung religiöser Gruppen, die nicht der Rumänisch-Orthodoxen Kirche angehören, und über Einschränkungen der Pressefreiheit in Rumänien. Zu großer Besorgnis Anlaß geben Nachrichten über menschenunwürdige Zustände und unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten in rumänischen Kinder-, Waisen-, Behinderten- und Altenheimen.

Der Deutsche Bundestag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Wahlen in Rumänien am 20. Mai 1990 frei und fair verlaufen und zur Stabilisierung einer dauerhaft freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie in Rumänien beitragen.

Der Deutsche Bundestag wird eine Delegation zur Beobachtung der Wahlen am 20. Mai 1990 nach Rumänien entsenden. Er fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der EPZ anzuregen, daß die Parlamente der übrigen Mitgliedstaaten der EG, entsprechend der Einladung der rumänischen Regierung an alle Teilnehmerstaaten der KSZE, ebenfalls Beobachter zu den Wahlen in Rumänien am 20. Mai 1990 entsenden.

Der Deutsche Bundestag erklärt seine fortdauernde Bereitschaft zu Hilfsmaßnahmen, insbesondere auch beim wirtschaftlichen

*) Ersetzt die Drucksache 11/6574 (neu), die aufgrund eines techn. Fehlers ohne Rückseite gedruckt wurde.

Aufbau Rumäniens in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Er begrüßt die von karitativen Organisationen und Privatpersonen in der Bundesrepublik Deutschland geleistete Hilfe und bittet sie, weiterhin Hilfsmaßnahmen für Rumänien durchzuführen und zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag sichert der deutschen Minderheit in Rumänien zu, daß weiterhin die Möglichkeit der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland besteht. Er setzt sich gleichzeitig für Hilfsmaßnahmen, insbesondere im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich, ein, die ein Verbleiben der deutschen Minderheit in Rumänien ermöglichen.

Bonn, den 25. April 1990

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion